



An den Grossen Rat

15.5432.02

BVD/P155432

Basel, 8. Juni 2016

Regierungsratsbeschluss vom 7. Juni 2016

## **Anzug Dieter Werthemann und Konsorten betreffend effizientere Nutzung von bisher ungenutztem Parkpotential**

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 18. November 2015 den nachstehenden Anzug Dieter Werthemann und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

„Parkplätze sind ein rar gewordenes Gut in Basel. Die angebotsseitigen Massnahmen des Kantons zur Minimierung der Anzahl Parkfelder stehen in völligem Gegensatz zur aufgrund des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums steigenden Nachfrage nach Parkflächen. Tatsache ist, dass sich der Parkierungsdruck vor allem an zentralen Lagen und stark frequentierten Hotspots erheblich verstärkt hat. Der dadurch entstandene Suchverkehr erhöht nicht nur das Verkehrsaufkommen in den Quartieren, sondern führt auch vermehrt zu Klagen der ansässigen Bevölkerung und Unternehmen, wonach es für sie schwieriger geworden ist, geeignete Parkflächen in der Nähe ihres Domizils zu finden.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ist nebst dem Verzicht auf weitere Streichungen bestehender Parkfelder nun wichtig, dass der Kanton beginnt, die bestehenden Parkmöglichkeiten effizienter zu nutzen.

Mögliche Optionen hierfür wären:

- Die (kommunikative) Förderung innovativer Parksysteme, womit Personen oder Unternehmen, wenn gewünscht, ihre Parkplätze einfach und unkompliziert mit bereits vorhandenen technischen Lösungen zur Vermietung anbieten können.
- Die Freigabe von Parkplätzen öffentlicher Institutionen und Verwaltungseinheiten ausserhalb der ordentlichen Geschäftszeiten und am Wochenende. Da viele dieser Einrichtungen ausserhalb der Geschäftszeiten ohnehin geschlossen sind bzw. nicht aufgesucht werden, stehen die Parkfelder innerhalb dieser Zeitperiode unnötigerweise leer.
- Das Ermöglichen der Weitervermietung von privaten Dauerparkplätzen in öffentlichen Parkhäusern.
- Die Erhöhung der Kapazitäten von bestehenden öffentlichen Parkhäusern.
- Die Förderung moderner Parktechnologien wie Parkliffen, welche den knappen Raum optimal ausnutzen.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat, innert nützlicher Frist zu prüfen und zu berichten, wie mit den genannten oder weiteren Massnahmen bislang ungenutztes Parkpotential nutzbar gemacht werden kann, um für Anwohner, Besucher, Pendler und Gewerbetreibende in der Stadt eine Entspannung der Parksituation herbeizuführen.

Dieter Werthemann, Christian Egeler, Felix Meier, Patrick Hafner, Christophe Haller, Toni Casagrande, Peter Bochsler, Andrea Elisabeth Knellwolf, Stephan Mumenthaler, Andreas Zappalà, Remo Gallacchi, Pasqualine Gallacchi, Patricia von Falkenstein, Christine Wirz-von Planta, Luca Urgese, Erich Bucher, Joël Thüring, Thomas Müry, Heiner Vischer

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

## 1. Parkraumpolitik des Regierungsrats

Der Regierungsrat hat im Ratschlag „Parkraumbewirtschaftung Stadt Basel“ (11.0675.01) ausführlich seine Parkraumpolitik beschrieben. Im Zentrum stehen die folgenden Ziele für die Parkierung im privaten und öffentlichen Raum:

- optimale Auslastung der bestehenden Parkplätze
- Reduktion des Parksuchverkehrs
- Reduktion des Parkdrucks auf Allmend und dadurch langfristig Reduktion des Flächenbedarfs für öffentliche Parkplätze
- Reduktion des Strassenverkehrs

Mit der bis Sommer 2016 flächendeckend umgesetzten Parkraumbewirtschaftung wird der auf Allmend vorhandene Parkraum besser bewirtschaftet. Inwieweit die oben genannten Ziele damit erreicht werden, wird das anschliessende Monitoring zeigen. Erste Ergebnisse sind im Frühling 2017 zu erwarten.

Mit dem Pendlerfonds werden Projekte in der Stadt und im Umland unterstützt, die zu einer Verminderung des Pendler- und Parksuchverkehrs in Basel führen. Seit 2013 hat der Pendlerfondsrat bzw. der Regierungsrat Beiträge an gut 1'000 Parkplätze rund um Basel gesprochen.

Eine Revision der Parkplatzverordnung, welche die Anzahl zulässiger Parkplätze bei privaten Bauvorhaben regelt, ist zurzeit in Vorbereitung. Dabei werden unter anderem die rechtlichen Grundlagen für eine bessere Ausnutzung von Parkplätzen geklärt. Ziel der Revision wird es insbesondere sein, einen Beitrag zur Reduktion des Parksuchverkehrs zu leisten. Die genauen Inhalte der Revision sind jedoch noch nicht bestimmt.

## 2. Stellungnahme zu den Vorschlägen betreffend Parkpotential

*Die (kommunikative) Förderung innovativer Parksysteme, womit Personen oder Unternehmen, wenn gewünscht, ihre Parkplätze einfach und unkompliziert mit bereits vorhandenen technischen Lösungen zur Vermietung anbieten können.*

Seit über 15 Jahren bietet Basel ein Parkleitsystem, womit die Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer aktuell über die Anzahl der freien Parkplätze in den meisten öffentlich zugänglichen Parkhäusern informiert werden. Ergänzend dazu gibt es mehrere Apps („Basel Parking“ u.a.), welche die freien Plätze in den Parkhäusern anzeigen und zudem den Weg zu diesen Parkhäusern weisen. Diese bereits vorhandenen Angebote von Privaten sollte der Staat nicht konkurrenzieren.

Auch in diesem Bereich existieren von Privaten betriebene Internet-Portale und Apps, auf denen private Parkplätze angeboten werden. Es gibt somit keine Notwendigkeit für staatliche Eingriffe in diesem Bereich. Der Regierungsrat ermutigt vielmehr zur Nutzung der entsprechenden privaten Angebote.

In einem Entscheid vom November 2013 hat die Baurekurskommission für ein bestehendes Parking einer Wohnüberbauung entschieden, dass Quartierparkplätze nicht ausschliesslich an Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers vermietet werden müssen, sondern zum Beispiel auch an Mitarbeitende eines im Quartier ansässigen Betriebs vermietet werden dürfen.

*Die Freigabe von Parkplätzen öffentlicher Institutionen und Verwaltungseinheiten ausserhalb der ordentlichen Geschäftszeiten und am Wochenende. Da viele dieser Einrichtungen ausserhalb der Geschäftszeiten ohnehin geschlossen sind bzw. nicht aufgesucht werden, stehen die Parkfelder innerhalb dieser Zeitperiode unnötigerweise leer.*

Der Regierungsrat nimmt den vorliegenden Anzug zum Anlass, in den Departementen die Möglichkeit von Doppelnutzungen von Kundenparkplätzen und/oder Dienstwagenparkplätzen zu prüfen und wenn möglich umzusetzen.

Beispielsweise hat das Bau- und Verkehrsdepartement vor einigen Jahren die Anzahl der Dienstwagen beim Standort Münsterplatz massiv reduziert. Notwendige Dienstfahrten werden seitdem hauptsächlich mit einem Mobility-Fahrzeug, mit dem öffentlichen Verkehr oder mit einem Dienstvelo absolviert. Mit der Reduktion der Anzahl der Dienstwagen wurden entsprechend auch Parkplätze in den beiden Innenhöfen des Bau- und Verkehrsdepartements frei. Diese sind bereits an Privatpersonen oder Firmen vermietet.

*Das Ermöglichen der Weitervermietung von privaten Dauerparkplätzen in öffentlichen Parkhäusern.*

In den vom Kanton betriebenen Parkhäusern gibt es gemäss der Tarifordnung keine fest zugewiesenen Dauerparkplätze für Private, die diese weitervermieten könnten. Die Dauerparkkarten garantieren keinen festen Platz, sind aber in allen öffentlichen Innerstadtparkhäusern des Kantons gültig. Damit wird die Ausnutzung der Parkhäuser bereits optimiert. Die Zuweisung von festen Parkplätzen an Private würde zu einer massiven Reduktion dieser Angebotsflexibilität führen und entspräche somit einer deutlichen Reduktion der zur Verfügung stehenden Parkplätze.

*Die Erhöhung der Kapazitäten von bestehenden öffentlichen Parkhäusern.*

Der Regierungsrat hat nach einer Analyse der Parkierungssituation im Umfeld des City-Parkings festgestellt, dass hauptsächlich beim Parkplatzangebot des Universitätsspitals Handlungsbedarf besteht. Der Regierungsrat begrüsst deshalb die Planungen des Universitätsspitals zur Realisierung von 200 Parkplätzen im fünften Untergeschoss des City-Parkings anstelle der heutigen geschützten Operationsstelle. Zudem soll geprüft werden, wie das gemäss Bebauungsplan vorgesehene Kontingent von 200 Parkplätzen auf dem Areal Campus Schällemätteli nach Möglichkeit ausgeschöpft werden kann. Der Regierungsrat hat zudem das Universitätskinderspital beider Basel (UKBB) ermächtigt, die Realisierung eines Parkings für das UKBB unter dem Tschudi-Park (200 Parkplätze) abzuklären.

Unter dem St. Alban-Graben soll möglichst rasch ein zusätzliches Parkhaus mit etwa 350 Parkplätzen mit idealer Anbindung an die Basler Innenstadt eröffnet werden. Das Baugesuch des privaten Konsortiums wurde bereits eingereicht.

Das Bau- und Verkehrsdepartement führt derzeit eine Investorenausschreibung für ein unterirdisches Quartierparking unter dem Landhofareal mit rund 200 Parkplätzen durch. Idealerweise soll das neue Parking parallel zur Umgestaltung des Landhofareals realisiert werden.

Allein die genannten Projekte ermöglichen bis zu 1'150 zusätzliche Parkplätze in Parkings in Basel. In der Umgebung von Basel wurde seit 2013 zudem die Schaffung von über 1'000 Parkplätzen aus dem Pendlerfonds gefördert, die als P+R-Anlagen dienen.

*Die Förderung moderner Parktechnologien wie Parkliften, welche den knappen Raum optimal ausnutzen.*

Der Regierungsrat und die Verwaltung können bei der Erstellung von privaten Parkierungsanlagen nur beschränkt auf die Ausgestaltung der Erschliessung und der Parkplatzanordnung Einfluss nehmen. Die jeweilige Bauherrschaft (Kanton oder privater Bauherr) erstellt bei jedem Projekt eine Wirtschaftlichkeitsanalyse von verschiedenen Raumbedürfnissen und Betriebstechnologien für die Parkierungsanlage. Dabei werden der Raumbedarf, die Investitionskosten und die Betriebskosten berücksichtigt. Offenbar waren Parklifte in der Gesamtbetrachtung in der Mitte des letzten Jahrhunderts eher führend. Ihr kontinuierlicher, auch weltweiter Rückgang deutet darauf hin, dass sie bei aktuellen Wirtschaftlichkeitsanalysen hinter anderen Betriebssystemen zurückliegen. Parklifte werden aber noch heute in besonderen Fällen eingesetzt (z.B. luxussanierte, enge Altstadtliegenschaften). Eine staatliche Förderung ist aber gerade in diesen Fällen nicht notwendig oder sinnvoll.

### 3. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Dieter Werthemann und Konsorten betreffend effizientere Nutzung von bisher ungenutztem Parkpotential abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin  
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin